

# 1. Frage

Was werden Sie unternehmen, um Menschen zurückzugewinnen, die das Vertrauen in unsere **Demokratie** verloren haben und sich zunehmend **populistischen Gruppierungen** und **rechtsextremistischen Parteien** zuwenden?

## Antworten:

(Die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten sind nach der Reihenfolge des Eingangs ihrer Antworten genannt)

CDU Breisgau Wahlkreis 48 **Dr. Patrick Rapp:**

*„Zunächst stellt sich die Frage, aus welchem Grund die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verloren haben. Hierbei gilt es mehrere Ebenen zu betrachten. Zum einen werden von Teilen der politisch Handelnden, Wirklichkeiten erzeugt, um die eigene Politik besser darstellen zu können, die sich nicht an jeder Stelle mit den Lebenswirklichkeiten von bestimmten Bevölkerungsgruppen decken. Zum anderen sehe ich eine schwindende Fähigkeit Kompromisse zu akzeptieren bei einer gleichzeitig immer pluraler werdenden Gesellschaft. Ein weiterer Grund ist aus meiner das zunehmend fehlende Wissen über die Zusammenhänge in unserer Gesellschaft, z.B. über die Bedeutung und das Funktionieren demokratischer Strukturen aber auch über das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Gleichzeitig haben viele politisch Handelnden die Fähigkeit oder den Willen verloren, Argumente zu erklären und damit die politische Gestaltung zu erklären. Nach meiner Beobachtung haben auch die Medien einen gewissen Anteil an den Entwicklungen - nicht selten werden anstatt einer zunächst neutralen Darstellung von Prozessen und politischen Auseinandersetzungen bereits mit der Verbreitung der Information auch Kommentierungen eingefügt, so dass es für manche Menschen schwer ist, Nachricht von Kommentar zu trennen und sich ein eigenes Bild von dargestellten Nachrichten zu machen.*

*Aus den aufgeführten Punkten lassen sich aus meiner Sicht einige Möglichkeiten ableiten, um Menschen für die Demokratie zurück zu gewinnen. Jedoch kann der bzw. die Einzelne nur einen Mosaikstein liefern und es wird konterkariert, wenn aus Gründen des politischen Machterhalts oder Machtstrebens bestimmte Konventionen verlassen werden. Und bitte verstehen Sie die Begriffe Machterhalt oder das Streben nach Macht nicht falsch - dies gehört zum Wesen der Politik und ist nicht verwerflich. Es sind jedoch nicht alle Wege und Vorgehensweisen, und seien sie noch so in eine gute Zielsetzung gepackt, geeignet, die angezeigte Problemstellung anzugehen. Als in der Politik Tätiger kann ich durch das eigne Handeln Beispiel geben und dadurch versuchen, wieder Vertrauen zu gewinnen. Wünschenswert wäre es dann natürlich, wenn dies auch zum Gegenstand medialer Berichterstattung gemacht werden würde.“*

FREIE WÄHLER Freiburg I Wahlkreis 46 und Freiburg II Wahlkreis 47

**Prof. Dr. Johannes Gröger:**

*„Eine meiner Kernforderungen und mein Angebot ist, dass Politik klar und verständlich sein muss. Auf konkrete Fragen und Themen müssen klare und konkrete Antworten gegeben werden. Zudem müssen Politikerinnen und Politiker für begangene Fehler einstehen, Verantwortung übernehmen und auch Konsequenzen ziehen. Nur so wird Politik wieder glaubhaft. Klare Positionen lassen die Menschen erkennen, wofür man steht und woran sie sind. Wird nach diesen Maximen gehandelt, hat rechter Populismus keine Chance mehr.“*

Die Basis Freiburg I Wahlkreis 46 (gilt für alle 4 Fragen) **Wolfgang Daubenberger:**

*„Eigentlich müssten sich mehr gleichaltrige Menschen "betroffen fühlen", davon konnte ich seit einem Jahr leider nur wenig davon mitbekommen.*

*Gestatten Sie mir dazu einige Anmerkungen, nicht nur als Kandidat sondern als Mensch:*

*Wir ("dieBasis") haben kein festgelegtes Programm und die von Ihnen vorformulierten Fragen, die ja ein politisches Ziel festlegen sollen, kann ich in dieser Form so nicht beantworten. Dazu fehlt mir schlichtweg die Legitimation und der Grund für Antworten zu solchen Fragen ist meines Erachtens derzeit nicht mehr gegeben.*

*Die Kernaussage unserer Partei und meiner Meinung ist, dass u.a. die Bürger zuerst einmal wieder in die Lage versetzt werden sollen, eine basisdemokratische Entscheidung für ihre Belange zu treffen, dass Achtsamkeit einkehrt und politische Machtbegrenzung verankert werden muss.*

*Erst dann kann man über Sachfragen offen diskutieren und abstimmen. Mich persönlich stört, wenn Gruppierungen sich "gegen etwas" wenden und meine Ansicht ist, dass wir in jeglicher Hinsicht einen offenen Debattenraum haben müssen, um einander zuzuhören und vielleicht auch mit zunehmen. Ideologische Formulierungen wie "Gegen rechts" oder gegen Links" halte ich persönlich für problematisch. Eine echte*

*Demokratie muss auch eine andere Meinungen ertragen, selbst wenn sie nicht der eigenen entspricht. Nach etwa einem Jahr der immerwährenden "Maßnahmen", indem unsere Grundrechte demontiert und das soziale Miteinander offensichtlich im Land schwer beschädigt wurden, sind alle Aussagen und Programmpunkte der etablierten Partei selbst nach einer Wahl im März meines Erachtens nicht die Worte wert, mit denen sie formuliert wurden. Deshalb steht "dieBasis" für eine grundsätzliche Neuordnung und nicht für erneute Nebelkerzen oder gar Trostpflaster.*

*Sollte dies über den März hinaus die derzeitige Situation "weiterbestehen", wovon ich leider fest ausgehe, haben wir alle noch viel größere Probleme als irgendein formuliertes ideologisches oder parteipolitisches Ziel. Sicher werden Sie aus gutem Grund auf Ihre Anfragen auch passende/zugeschnittene Antworten erhalten und ich wünsche mir, dass Sie dazu meine Ausführungen bedenken. Es geht längst nicht mehr nur um eine Wahl. Viel Erfolg und lassen Sie uns alle gemeinsam für eine bessere Zukunft stehen."*

#### **WIR 2020 Breisgau Wahlkreis 48 Ulrich Gläser:**

*„WiR bieten eine freiheitliche demokratische Alternative zu den Landtagsparteien an. Das Grundgesetz steht im Mittelpunkt unseres Parteiprogramms. Unser Motto „Freiheit-Gerechtigkeit-Verantwortung“ orientiert sich an der Deklaration der Menschenrechte und WiR sind davon überzeugt, dass ein jeder die Balance zwischen persönlicher Freiheit und sozialer Verantwortung halten kann, solange er sicher ist, dass er in der Gemeinschaft Gerechtigkeit erfährt und erleben kann. Das erfahrbar zu machen ist unser Ziel.“*

#### **AfD Freiburg II Wahlkreis 47 Karl Schwarz:**

*„Das Vertrauen in die Demokratie lässt sich durch ein gesunden Patriotismus und den Stolz auf sein Vaterland Deutschland zurückgewinnen.“*

#### **AfD Emmendingen Wahlkreis 49 Andreas Marowski:**

*„Die AfD lehnt jeden Extremismus - egal ob rechts, links, islamistisch oder anders - grundsätzlich ab. Das Vertrauen in die Demokratie geht verloren, wenn nur noch einseitige Berichterstattung – vielfach entgegen der realen Wahrnehmung der Bürger – stattfindet, Meinungen unterdrückt werden, die nicht einem bestimmten, engen Korridor und Narrativ entsprechen und die Bürger mehr und mehr das Gefühl bekommen, sie dürften nicht mehr sagen was sie sich denken, da sonst die soziale Ächtung, Ausgrenzung bis hin zu direkten Angriffen und Denunziation drohen. Wenn zum Beispiel Menschen als „rechts“ oder „Nazi“ diffamiert werden, nur weil sie es wagen, ihrem Bedürfnis nach Behebung von Missständen in unserem Land Ausdruck zu geben oder sie mehr und mehr das Gefühl bekommen, dass sie ihre grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechte nicht mehr ausüben dürfen, wird das Vertrauen in die Politik und Demokratie erschüttert. Sehen Sie, zu uns in die AfD finden immer mehr Menschen ihren Weg, die das Gefühl haben, dass die Politik entgegen ihrer ureigensten Aufgabe eben NICHT mehr das Wohl von Volk und Land im Auge hat, sondern Freiheit, Sicherheit und Wohlstand mehr und mehr durch falsche politische Weichenstellungen gefährdet werden. Die AfD wird dafür sorgen, dass diese Schiefelage beendet wird, jeder seine Grundrechte wieder voll nutzen kann und Toleranz und Offenheit wieder ihre ursprüngliche Bedeutung für alle erhalten. Dann kehrt auch das Vertrauen in die Demokratie wieder zurück.“*

#### **ÖDP Freiburg I Wahlkreis 46 Peter Uhrmeister:**

*„Den Menschen zuhören, und ihre Probleme ernst nehmen, und wenn möglich versuchen Probleme auch ab zu räumen die Leute belasten. Nur so kann Politik das vertrauen zurück gewinnen.“*

#### **Die PARTEI Emmendingen Wahlkreis 49 Andreas Heidinger:**

*„Ich werde weiterhin mit Freude und Satire auf Missstände in der Politik aufmerksam machen. Ich werde mit aller Kraft gegen Lobbyismus und Korruption ankämpfen. Ich biete mich als Alternative an, deswegen stehe ich ja auch auf dem Wahlzettel und möchte mehr Transparenz in die Politik bringen. Verständnis zeigen und zuhören, aber Standhaft bleiben. Ansonsten Bildung, Bildung und noch mal Bildung. „*

#### **SPD Breisgau Hochschwarzwald Wahlkreis 48 Dr. Birte Könnecke:**

*„Es gibt leider einige Menschen mit einem geschlossenen rassistischen Menschenbild, die wird man vermutlich kaum erreichen können. Aber bei denen, die diesen Menschen nachlaufen, muss man ansetzen. Wir müssen unsere Politik besser erklären und die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Viele fühlen sich überfordert und hören deshalb gerne auf einfache Erklärungen und Lösungen. Diese sind nur in der Regel falsch. Besonders wichtig ist, dass wir rechtsextremistische und vorschwörungsideologische Inhalte nicht unkommentiert und unwidersprochen stehen lassen. Um Radikalisierung im Netz etwas entgegen stellen zu können, müssen wir die Landesanstalten für Kommunikation personell so ausstatten, dass diese Falschnachrichten und Hassrede gezielt*

bei den Betreibern melden können. Darüber hinaus müssen wir in unseren Bildungseinrichtungen die Medienkompetenz vermitteln, Falschmeldung und Propaganda als solche zu erkennen. Auch die Landeszentrale für politische Bildung spielt hier eine zentrale Rolle und muss deshalb besser finanziell ausgestattet werden. Demokratie lebt vom mitmachen und dazu werden wir beitragen. Dazu wollen wir das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken und das Kommunalwahlrecht für alle Einwohner\*innen ab 16 Jahren. Demokratie muss früh erlernt werden. Wir müssen schon jungen Menschen beibringen, dass ihre Stimme zählt und einen Unterschied macht. „

**AfD Breisgau Wahlkreis 48 Rain Martina Böswald:**

„Sie können Menschen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben, sicherlich nicht mit Besserwisserei zurückgewinnen. Man muss um die Menschen werben, wenn man sie gewinnen will. Das ist bei Kindern so, aber auch bei Erwachsenen und auch bei älteren Menschen, die ggfls. aufgrund etwaiger negativer Erfahrungen etwas misstrauischer sind, erst recht. Man muss selbst Vorbild sein, dann gelingt das am ehesten.

Populistische Gruppierungen, die den Menschen einfache Lösungen auf komplexe Probleme versprechen, werden sie vornehmlich im religiös-politischen Bereich finden. Sektenartige Strukturen mit einer streng personenorientierten Hierarchie sind den Parteien des Bundes und der Länder fremd. Allerdings sind Mordaufrufe, wie sie bspw. auf den Plakaten einer Mitbewerberpartei zu finden sind, von allen Parteien abzulehnen. Indem hier alle Parteien und auch Sie sich davon distanzieren, können wir gemeinsam einen Beitrag zur Stabilität unserer Rechtsordnung leisten.“

**ÖDP Breisgau Wahlkreis 48 Patrick Throm:**

Hat nur zur Frage 2 geantwortet

**CDU Freiburg II Wahlkreis 47 Dr. Michael Arndt:**

„Meine Antwort auf die Frage, was wir als Gesellschaft in dieser zentralen Frage unternehmen können, lautet: Bildung, mehr Bildungsangebote, mehr Informationen, für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Bürgerinnen und Bürgern, alle Interessierten, bspw. in Form der Landeszentralen für politische Bildung, Angeboten an Schulen, örtlichen VHS usw. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist das Fundament unserer Demokratie und Gesellschaft. Wir brauchen daher engagiertes Eintreten für unsere Werte und unser Rechtssystem. Dazu sind gut ausgebildetes und ausreichend Personal in den Sicherheitsbehörden und der Justiz nötig, ebenso wie ein guter Mix aus präventiven und repressiven Maßnahmen. Dafür setzen wir uns ein. Wir pochen auf noch mehr Präventionsarbeit zur Deradikalisierung und Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität sowie des Extremismus. Dies gilt unabhängig vom jeweiligen Phänomenbereich. Wir haben bereits eine breite, phänomenübergreifende Basis: Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) leistet bereits einen wichtigen Beitrag v. a. mittels Beratungsangeboten und Ausstiegsprogrammen. Das konex ist vorrangig für die Sekundär- und Tertiärprävention bei der Extremismusbekämpfung zuständig, der Trägerverbund Demokratiezentrum Baden-Württemberg für die Primärprävention. Überdies unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) zur Erfüllung seines gesetzlichen Informationsauftrags die Öffentlichkeit über die Gefahren, die durch die Einflussnahme von extremistischen Personen entstehen. Jüngstes Beispiel: die Entwicklungen und den diffusen Teilnehmerkreis bei „Querdenken“-Versammlungen und die Bestrebungen von extremistischen Personen, diese Bewegung für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Das LfV arbeitet regelmäßig und über alle Arbeitsfelder hinweg mit staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen zusammen, um Radikalisierungsverläufe zu stoppen und De-Radikalisierungen möglich zu machen. Zudem berät die vom Kultusministerium geförderte Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungen BW (ZEBRA-BW) Menschen, die Orientierung auf dem Markt der Weltanschauungen suchen, u. a. auch mit Blick auf Verschwörungsmymen und Fake News. Die CDU zielt auf eine bestmögliche zielgruppenspezifische Ansprache und beabsichtigt, bei Bedarf die Mittel zur Prävention und zur Deradikalisierung aufzustocken.“

**SPD Freiburg II Wahlkreis 47 Gabi Rolland:**

„ Ich bin davon überzeugt, dass mit Hinwendung und glaubwürdiger Arbeit auch Menschen zurückgewonnen werden können, die sich abgewandt haben von demokratischen Kräften. Dazu gehört die Bereitschaft einander zuzuhören und gegebenenfalls auch einzugestehen, dass Fehler gemacht wurden.“

**Die Linke Freiburg I Wahlkreis 46 Pascal Blank und**

**Die Linke Freiburg II Wahlkreis 47 Imke Pirch:**

„Rechtsextremismus und die Erstarkung der populistischen Parteien haben mehrere Dimensionen. Zum einen wollen wir sehr deutlich machen, dass wir sehen, dass rechtsextreme, rassistische, antisemitische, nationalis-

tische und misogynen Einstellungsmuster, die wir heute in der Mitte der Gesellschaft vorfinden, das Ergebnis von unzureichender, politischer Arbeit von staatlicher Seite ist

Viele Grundrechtsinitiativen, Friedensbewegung, antirassistische Gruppen, Frauengruppen haben immer wieder rechtsextreme Strukturen der Ideologieproduktion aufgedeckt und benannt. Die Akteure sind im wesentlichen bekannt. Wenn der Präsident des Verfassungsschutzes aber offen eine antidemokratische und rechtsextreme Partei unterstützt, wie das im Falle von Maaßen geschehen ist, wenn Polizist:innen sich in rechtsextremen Zirkeln organisieren, wenn KSK-Soldaten ungestraft Munition und Sprengstoff klauen und wenn Morde geschehen und die Staatsanwaltschaft wie im Falle der NSU-Morde 10 Jahre braucht, um ihre eigenen rassistische Brille abzulegen, dann ist klar, dass dies eine ernstzunehmende Bedrohung ist und wir eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft darüber brauchen, welches Verhalten akzeptabel ist. Zu viele, auch führende Politiker:innen wie Innenminister Seehofer, können sich offen rassistisch äußern, ohne das die gesellschaftliche Mitte das auch nur kritisiert. Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einer Untersuchung über rassistisches Verhalten von Polizist:innen. Deswegen wollen wir zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich Friedens- und Demokratieerziehung zum Ziel setzen oder sich im Bereich des Antirassismus engagieren. Deswegen wollen wir antifaschistische Lernzentren fördern. Deswegen wollen wir eine transparent arbeitende wissenschaftliche Beobachtungsstelle, die Angriffe auf Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie dokumentiert. Ein Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild, ein Lobbyregister, das seinen Namen verdient und Bürger:innenräte, die Entscheidungen kontrollieren können, wäre ein Demokratisierungsschub. Wir brauchen eine völlig andere Transparenz. Transparenz und eine soziale Politik, die niemanden abhängt, ist unsere Antwort darauf, dass Menschen mit populistischen, rechtsextremen Parteien sympathisieren, weil sie sich zurückgelassen fühlen. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass sich über die letzten Jahre gezeigt hat, dass Konzern- und Kapitalinteressen schwerer wiegen als Interessen der Bevölkerung und der großen Massen. Im Gegensatz zu rechten Parteien schieben wir die Verantwortung für Probleme nicht auf Gruppen, welche sich selber in prekären Verhältnissen befinden, sondern sprechen uns für eine gerechte Verteilung des Wohlstandes aus. Wir machen in der wachsenden Ungleichheit einen maßgeblichen Faktor für das Erstarken rechter Parteien aus und wollen das Problem auf diesem Wege bekämpfen. Wenn wir den Menschen auf diese Art und Weise zeigen, dass Politik durchaus für sie da sein kann, wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, werden sie auch wieder Vertrauen in die Politik gewinnen. Politik für die Gesamtbevölkerung zu machen heißt für uns außerdem, dass wir unsere Arbeit transparent machen und mehr Möglichkeiten zur Beteiligung bieten wollen. Es darf nicht sein, dass 35% der Volksanträge wegen Formfehlern abgelehnt werden. Das Volksabstimmungsgesetz muss bürgerfreundlich überarbeitet werden. Spontane Anhörungen von betroffenen Bürger:innen müssen in den Gemeinderäten möglich sein. Durch Räte, in denen Bürger:innen, Arbeitnehmer:innen und z.B. Verbände vertreten sind, kann mehr Demokratie etwa bei der Umgestaltung der Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit oder auch bei der Gestaltung der Region ermöglicht werden. Zusammenfassend ist also zu betonen, dass wir zum einen strukturelle, ernsthafte Probleme und rechte Bedrohungen in unserer Politik und Gesellschaft sehen und parallel diejenigen erreichen müssen, die durch eben diese rechtsextremen, populistischen Gruppierungen abgefangen werden.“

### **Bündnis 90/die Grünen Emmendingen Wahlkreis 49 Alexander Schoch:**

„Zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung und politische Bildung sind unsere wichtigsten Instrumente im Kampf gegen rechts. Darum werden wir die Landeszentrale für politische Bildung stärken und Präventionsangebote sowie Deradikalisierungsprogramme ausweiten. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz wollen wir Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für eine plurale Demokratie einsetzen – mit einer stetigen und ausgebauten Strukturförderung. Daneben wollen wir ein regelmäßiges, wissenschaftliches Demokratiemonitoring durchführen, das über den Zustand der Demokratie im Land, aber auch die Erwartungen der Bürger\*innen an die Demokratie aufklärt. Wir werden Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern und bedarfsgerecht ausweiten. Das gleiche gilt für Beratungsangebote für Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, wie zum Beispiel die Fachstelle „Leuchttlinie“. Mit einem Forschungsprojekt wollen wir untersuchen, welche individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen Hasskriminalität in Baden-Württemberg hat. Wir werden das Projekt #RespektBW der Landesregierung und die begleitende Informationskampagne „BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“ fortführen. Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungsmethoden ausweiten und stärken. Wir haben am Generallandesarchiv Karlsruhe eine Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, die wir weiterentwickeln werden. Daran anschließend werden wir eine Forschungsstelle etablieren, um mit wissenschaftlichen Methoden das Spektrum rechtsextremistischer Akteur\*innen und Ideologien zu erforschen. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wollen wir nach Abschluss der Strafverfolgungs-

*aufgaben am bestehenden Standort weiterentwickeln. Sie soll zu einem Zentrum für Dokumentation, Forschung, Information, Erinnerung und Begegnung werden. Dazu wollen wir bereits jetzt den Grundstein legen. Ihr Ziel soll es sein, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte zu fördern. „*

#### **Bündnis C, Freiburg II Wahlkreis 47 Norbert Gießler:**

*„Ich gebe mit Bündnis C den Menschen eine Möglichkeit eine echte Alternative zu wählen. Das Leben der Menschen muss wieder menschenzentriert statt finanzzentriert werden. Die Wirtschaft dient den Menschen und nicht die Menschen der Wirtschaft.“*

#### **SPD Emmendingen Wahlkreis 49 Sabine Wölfle:**

*„Gute und verständliche Politik ist die Grundvoraussetzung für die Zustimmung zu demokratischen Parteien. In der Tat muss man bei den Zuwächsen in Richtung Rechtspopulismus aber sehen, dass es nur ein kleiner Teil von unzufriedenen Wählerinnen und Wählern ist. Der größte Teil hat immer rechts gewählt wenn es ein politisches Angebot gab und wenn nicht, gar nicht. Diese Leute zu erreichen ist schwierig. Ansonsten ist für mich klare Ansprache wichtig. Zeigen, was Rechte wollen und sie entlarven wo es nur möglich ist.“*

#### **AfD Freiburg I Wahlkreis 46 Daniel Rottmann:**

*„Ich freue mich darüber, einer Partei anzugehören, die fest auf der Grundlage des Grundgesetzes steht und bei Wahlen in der Vergangenheit bereits Nichtwähler zur Wahlbeteiligung gewinnen konnte. Wir haben auch damit einen wichtigen Beitrag gegen Politikverdrossenheit leisten können. Als Demokraten wenden wir uns gegen jede Form von Extremismus, egal ob er links- rechts- oder islamistisch motiviert ist. Gewalt darf in der politischen Auseinandersetzung kein Mittel sein, was einige, die sich zu Unrecht Demokraten nennen, leider anders sehen.“*

#### **Bündnis 90/die Grünen Freiburg II Wahlkreis 47 Nadyne Saint-Cast :**

*„Den sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit stärken- das ist ein wichtiger Pfeiler. Aber auch zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung und politische Bildung sind wichtige Instrumente im Kampf gegen Rechts. Darum werden wir die Landeszentrale für politische Bildung mit ihren Außenstandorten wie zum Beispiel in Freiburg stärken und Präventionsangebote sowie Deradikalisierungsprogramme ausweiten. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz wollen wir Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für eine plurale Demokratie einsetzen – mit einer stetigen und ausgebauten Strukturförderung. Daneben wollen wir ein regelmäßiges, wissenschaftliches Demokratie-Monitoring durchführen, das über den Zustand der Demokratie im Land, aber auch die Erwartungen der Bürger\*innen an die Demokratie aufklärt. Wir werden Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern und bedarfsgerecht ausweiten. Das gleiche gilt für Beratungsangebote für Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, wie zum Beispiel die Fachstelle „Leuchtlinie“. Mit einem Forschungsprojekt wollen wir untersuchen, welche individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen Hasskriminalität in Baden-Württemberg hat. Wir werden das Projekt #RespektBW der Landesregierung und die begleitende Informationskampagne „BITTE WAS?! Kontern gegen Fake und Hass“ fortführen. Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungsmythen ausweiten und stärken. Wir haben am Generallandesarchiv Karlsruhe eine Dokumentationsstelle Rechtsextremismus eingerichtet, die wir weiterentwickeln werden. Daran anschließend werden wir eine Forschungsstelle etablieren, um mit wissenschaftlichen Methoden das Spektrum rechtsextremistischer Akteur\*innen und Ideologien zu erforschen.*

*Als Freiburger Stadträtin habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir voraussichtlich ab 2023 ein NS- Dokuzentrum bekommen werden. Also ein Ort der Erinnerung, des Gedenkens, aber auch der politischen Bildung. Darauf freue ich mich sehr. Denn die politische Bildung ist für mich ein wichtiges Element, wie wir Rassismus und Intoleranz verhindern können.“*

#### **Die Linke Breisgau Wahlkreis 48 Rolf Seifert:**

*„Eines muss klar sein: Der Rechtsextremismus und der überwiegende Teil der rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, nationalistischen und mysogynen Einstellungsmuster, die wir heute in der Mitte der Gesellschaft vorfinden, sind das Ergebnis von langer, geduldiger, vom staatlicher Seite unbeachteter oder unterstützter politischer Arbeit rechtsextremer Gruppen. Die Wurzeln dazu reichen bis weit in die achtziger Jahre zurück. Viele Grundrechtsinitiativen, Friedensbewegung, antirassistische Gruppen, Frauengruppen haben immer wieder rechtsextreme Strukturen der Ideologieproduktion aufgedeckt und benannt, auch die Akteure sind im Wesentlichen bekannt. Wenn der Präsident des Verfassungsschutzes aber offen eine antidemokratische und rechtsextreme Partei unterstützt, wie das im Falle von Maaßen geschehen ist, wenn Polizist:innen sich in rechtsextremen Zirkeln organisieren, wenn KSK-Soldaten ungestraft Munition und Sprengstoff klauen und wenn Morde geschehen und die Staatsanwaltschaft wie im Falle der NSU-Morde 10 Jahre braucht, um ihre eigenen*

rassistische Brille abzulegen, dann ist klar, dass diese Gesellschaft tatsächlich ein großes Problem hat. Wir brauchen eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft darüber, welches Verhalten akzeptabel ist. Zu viele, auch führende Politiker:innen wie Innenminister Seehofer, können sich offen rassistisch äußern, ohne dass die gesellschaftliche Mitte das auch nur kritisiert. Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einer Untersuchung über rassistisches Verhalten von Polizist:innen, deswegen wollen wir zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich Friedens- und Demokratieerziehung zum Ziel setzen oder sich im Bereich des Antirassismus engagieren, deswegen wollen wir antifaschistische Lernzentren fördern, deswegen wollen wir eine transparent arbeitende wissenschaftliche Beobachtungsstelle, die Angriffe auf Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie dokumentiert. Wir brauchen eine völlig andere Transparenz. Ein Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild, ein Lobbyregister, das seinen Namen verdient und Bürger:innenräte, die Entscheidungen kontrollieren können, wäre ein Demokratisierungsschub, der den braunblauen Rattenfängern die Basis entziehen würde. „

#### Die Basis Freiburg II Wahlkreis 47 **Sabine Kropf:**

„Was Ihre Fragen betrifft, kann es für alle eigentlich nur eine gemeinsame Antwort geben:

„die **Basis**“ ist eine Prozesspartei, die ausschließlich aufgrund ihrer 4 Säulen (Freiheit-Machtbegrenzung-Achtsamkeit-Schwarmintelligenz) und der grundlegenden basisdemokratischen Ausrichtung kein von oben bestimmtes, starres Parteiprogramm bereit hält. Viele Mitglieder haben in gemeinsamer Arbeit ein vorläufiges Programm erstellt, um Interessierten vor der Wahl eine Orientierung über unsere grundsätzliche Haltung zu geben, in dem definitiv extremistische Bestrebungen jeglicher Richtung ausgeschlossen und die Würde der Menschen und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen zentrale Punkte sind – was eigentlich für jeden Menschen selbstverständlich sein sollte und nicht extra erwähnt werden müsste. (Da ich in den letzten Wochen und Monaten aber sehr oft erlebt habe, dass plötzlich Menschen oder Gruppen als rechtsradikal oder rechtsoffen bezeichnet wurden, nur weil sie die Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen in Frage stellten, wollte ich das nochmals unmissverständlich klarstellen.) Konkrete, detaillierte Fragestellungen werden im Verlauf der Zeit von allen interessierten Wählern in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet. Das heißt, dass bei wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen das Thema von den Betroffenen und Experten unterschiedlicher Richtungen so umfassend wie möglich erörtert wird, um allen Seiten gerecht zu werden und die Kompetenz möglichst Vieler einfließen zu lassen (die Säule „Schwarmintelligenz“). Mir ist bewusst, dass das ein ehrgeiziges Unterfangen ist und die Umsetzung einige Probleme aufwerfen wird. Doch ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingen kann, denn erstens können wir schon viel aus den Fehlern der Vergangenheit anderer Parteien lernen und zweitens gibt es heute viel bessere technische Voraussetzungen für eine direkte und sichere Bürgerbeteiligung in der Politik. Zudem haben wir sehr viele, sehr engagierte Menschen in der Basis, für die eine echte, lebendige Demokratie das oberste Ziel ist und die in der sehr kurzen Zeit bereits Unglaubliches geleistet haben. Wenn wir alle zusammen für dieses Ziel eintreten, dann wird unsere Welt sich ändern können und Großkonzerne, Hochfinanz und andere einflussreiche Gruppierungen können in einer solchen Gesellschaftsform ihre Macht nicht mehr erhalten und zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen, wie dies im Moment der Fall ist. Denn die unersättliche Gier nach Geld und Macht sehe ich als die Hauptursache für die meisten Missstände auf dieser Welt an wie z. B. Umweltzerstörung, Krieg, Hunger, Vertreibung und die Spaltung der Menschheit (Säule Machtbegrenzung). Es ist bis jetzt „nur“ eine Vision, doch wenn wir uns nicht länger spalten und gegeneinander aufhetzen lassen, können wir einfach anfangen und gemeinsam die ersten Schritte auf diesem Weg gehen. Und dafür müssen wir wieder lernen, wirklich einander zuzuhören und miteinander auf Augenhöhe zu reden (die Säule der „Achtsamkeit“). Denn wenn wir den Fokus auf das Verbindende richten, werden wir stark genug, um viele Probleme, die uns aktuell bedrängen zu lösen und können in vielerlei Hinsicht unsere Ängste loslassen und frei werden. Denn Angst und Spaltung waren seit jeher die stärksten Waffen, die Menschen eingesetzt haben, um andere Menschen zu beherrschen (die Säule „Freiheit“). Ich hoffe, Sie verstehen, dass ich aufgrund dieser Voraussetzungen Ihre berechtigten, konkreten Fragen ehrlicherweise nicht beantworten kann. Wenn wir durch die Wahl in die Lage versetzt werden sollten, in Baden Württemberg politisch mit zu entscheiden, werden wichtige Themen wie die Ihren auf die oben beschriebene Art und Weise angegangen und Lösungen erarbeitet, die für alle Seiten tragbar sind (unser wichtigstes Werkzeug dazu ist das „Systemische Konsensieren“).“

Volt Freiburg I Wahlkreis 46 **Lisa Weinfurtner,**

Volt Freiburg II Wahlkreis 47 **Franz-Josef Siegemund** und

Volt Emmendingen Wahlkreis 49 **Robert Kehrberg:**

„Volt wurde gegründet als Gegenbewegungen zu reaktionären, rechtspopulistischen und nationalistischen Tendenzen, die Menschen in Europa und darüber hinaus gegeneinander ausspielen und von der Spaltung der

*Gesellschaft leben. Ob der Brexit, Viktor Orban oder die AfD: sie zeichnen sich aus durch das opportunistische Ausnutzen einer politischen Entwicklung, die zu lange in festgefahrenen Strukturen festgehalten hat.*

*Wir bei Volt glauben an die Werte eines gemeinsamen Europas: Chancengleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Solidarität. Wir wollen den Menschen ein Angebot machen: dass Europa kein Hindernis, sondern der Schlüssel beim Erreichen dieser Ziele ist. In das Projekt der Europäischen Union muss aber dringend neuer Wind kommen, um den Menschen die Vorzüge von 70 Jahren Frieden, wirtschaftlicher Entwicklung und offenen Grenzen in Europa, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten des Europäischen Angehens der Herausforderungen unserer Zeit aufzuzeigen. Dabei wollen wir die Menschen ganz klar durch pragmatische und lösungsorientierte Ansätze erreichen. Statt Luftschlösser zu versprechen wollen wir über den Tellerrand schauen: was funktioniert bereits anderswo, was lässt sich auf die lokalen Herausforderungen anpassen. Der Gedanke dahinter ist immer: wir stehen nicht in Konkurrenz zu anderen Ländern, Gesellschaften oder Menschen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam lösen, nicht gegeneinander.“*

#### **Bündnis 90/ die Grünen Freiburg I Wahlkreis 46 Daniela Evers:**

*„Es gibt zwei Ansätze aus meiner Sicht: Zum einen eine Stärkung transparenter Politik, die deutlich verstärkte Einbindung von Bürger\*innen in politische Diskussionsprozesse, wie zB Bürger\*innenräte. Diese bilden Diskussionsforen, in denen die Gesellschaft in ihrer Breite abgebildet ist und damit auch ein gegenseitiges Zuhören und Abwägen verschiedener Meinungen ermöglicht. Dies ist in unserem Alltag oftmals verlorengegangen, verschiedene Meinungsgruppen haben keine gemeinsame Plattform mehr, auf denen Argumente ausgetauscht und andere Sichtweisen vorkommen. Das halte ich für ein großes Problem, von dem insbesondere die populistischen Gruppierungen und rechtsextremistischen Parteien Kapital schlagen.*

*Daran anknüpfen muss genau hier auch eine klare Strategie, die Hasskriminalität und das vorsätzliche Verbreiten rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Parolen und Texte konsequent bekämpft und juristisch verfolgt. Weitere Ansätze haben wir Grünen bereits implementiert. So sehe ich in der Änderung der Gemeindeordnungen mit der Pflicht zu Jugendbeteiligung und unserer Forderung der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre einen wichtigen Schritt, junge Menschen ernst zu nehmen und zu beteiligen, was die demokratische Verankerung stärkt.“*

#### **ÖDP Emmendingen Wahlkreis 49 Michael Kefer:**

*„Die Menschen sind mit der Politik nicht mehr zufrieden, nehmen ein Ungerechtigkeitsgefühl wahr, fühlen sich alleine gelassen und mißverstanden. Das Vertrauen in die Regierungsparteien schwindet, was auch zu einer Protestwahl zugunsten von extremen und populistischen Gruppierungen führt. Um das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen, braucht es Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Sachlichkeit und Authentizität. Für mich wird dies auch am Lobbyismus festgemacht. Firmen- und Konzernspenden beeinflussen das politische Geschehen. Die Wirtschaftsentwicklung und die Gesetze werden nicht aus freien Stücken zugunsten der Bürger\*innen gefasst, sondern unterliegen dem finanziellen Druck der Konzerne und Firmen. Leidtragend sind oft die Bürger\*innen.*

*Darüber hinaus wird von den parlamentarischen Parteien oft nur für eine Legislaturperiode gedacht. Wir sehen in unserem Programm auch weitreichende Änderungen als notwendig. Bsp. Klima- und Umweltpolitik“*

#### **Klimaliste BW Freiburg II Wahlkreis 47 Fabian Aisenbrey:**

*„Viele Menschen, die sich von demokratischen Grundwerten abwenden, haben reale Existenzsorgen oder fühlen sich benachteiligt und geringgeschätzt. Wir wollen durch massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbestand u.a. durch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft des Landes sowie eine verbesserte Preisregulierung des privaten Mietmarkts, notfalls durch einen Mietendeckel, dafür sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle zur Verfügung steht. Auch Kinder sollten die finanzielle oder berufliche Situation von Eltern nicht verschlechtern. Daher setzen wir uns für eine Bekämpfung von Kinderarmut ein. Auch sonst treten wir dafür ein, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich, Stadt und Land nicht weiter öffnet, sondern eher verringert. So wollen wir allen Menschen, die sich abgehängt und von der Politik vernachlässigt fühlen, entgegenkommen und ihnen die Vorzüge demokratischer Strukturen vor Augen führen.-Darüber hinaus hatten und haben viele Menschen das Gefühl, die Politik habe sich zu sehr von den Bürger\*innen entfernt und repräsentiere die Bevölkerung nicht mehr. Diesem Wandel und dem damit einhergehenden Politikverdrossen wollen wir durch mehr Transparenz und mehr Bürger\*innenbeteiligung entgegenreten: Wir treten uns für ein verpflichtendes Lobbyregister und die Sichtbarmachung des Lobby-Fußabdruckes in Gesetzesentwürfen ein.*

*Darüber hinaus soll ähnlich dem von der Bundesregierung durchgeführten "Bürgerrat Demokratie" ein Bürgerrat zur Klimakrise eingerichtet werden, der Bürger\*innen und Politiker\*innen einander wieder näher bringt.“*